

Nachrichten für Naunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Aufl. Sonntagsbeilage

Preisprophet Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna zc.

Er erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis mit der 3. Aufl. Sonntagsbeilage vierteljährlich 1 Mk. 75 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. Anzeigenpreis: die fünfspaltige Korpuszeile 15 Pfg. Ämtlicher Teil sechs-spaltige Zeile 20 Pfg. Reklamazeile 30 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm.

Nr. 107.

Mittwoch, den 12. September 1917.

28. Jahrgang.

Ämtliches.

Auf Warenbezugsmarke E Nr. 3 der roten und blauen Karte werden vom 13. bis mit 17. September

100 g Teigwaren für 11 und 15 Pfg.

abgegeben. Anspruch auf eine bestimmte Sorte besteht nicht.

Abgabe an Händler bei den Warenverteilungsstellen: 11. September.

Grimma, 8. September 1917.

4588 b. l.

Der Bezirksverband
der Königl. Amtshauptmannschaft.
Im Vertretung Schmidt.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Täglich Ein- und Rückzahlungen: Verzinsung 4 %.

Bei 1-jährlicher Kündigungsfrist 4 1/2 %.

Größere Einlagen bei läng. Kündigung höhere Zinssätze.

Geschäftszeit: 9-1 Uhr. Postcheckkonto: Leipzig Nr. 10783.

Vor der eigenen Tür!

Von der überragenden Warte ihrer Weltbeglückungsmission aus lieben es unsere Feinde, dem deutschen Volke in befehlshaberischem Ton vorzuschreiben, daß es sich so zu verhalten und zu tun habe, wie man es ihm in London und Paris andauern vormache. Es soll sich erst ein losausgehendes menschenwürdiges, in diesem Falle muß es heißen: ententwürdigtes Heim schaffen, ehe es zum Verfehr mit den eigentlichen, den großen Kulturvölkern dieser Erde zugelassen werden kann. Sie wollen uns auf diese Weise erst das Behen beibringen — um uns nachher um so sicherer nach ihren Wünschen und Interessen gänglich zu können. So sehr wir wissen, daß unsere inneren Zustände der Fortbildung fähig und vielleicht auch — jetzt oder später — bedürftig sind, so gering ist unsere Reizung, Art und Tempo dieser Fortschritte uns von außenher auferlegen zu lassen. Herr Wilson mag seinen Kongreß wie eine Verklammerung von Schuttpatern behandeln; ob und wie lange dieser sich einen so gearteten Präsidenten gefallen lassen will, ist ausschließlich Sache des amerikanischen Volkes. Herr Lloyd George mag mit den englischen Arbeiterführern umspringen, wie mit einer Schaar ungebärdiger Knaben, denen man, wenn sie sich mit anderen Spielgefährten zusammen tun wollen, um ein gemeinames Abenteuer zu verabreden, nicht über den Weg trauen darf; es ist eine britische Angelegenheit, ob man den britischen Sozialisten auf die Weise in ihrer politischen und menschlichen Würde zu nahe tritt oder nicht. Und in der Lichtstadt Paris mag in dem traurigen Dunkel des Unterluchungsgefängnisses ein armer Tageschriftsteller hinter Gittern und Leben gebracht werden, weil er in dem Rufe steht, ein Friedensagent zu sein; wir werden uns in diese ureigene Mordgeschichte der französischen Republik ebenso wenig einmischen, wie wir es nach der Ermordung von Jaurès getan haben, die auch jetzt, drei Jahre nach der verbrecherischen Tat, noch immer ungeklärt geblieben ist. Wie gelangt, wir respektieren das Selbstbestimmungsrecht der Völker mit echt deutscher Gewissenhaftigkeit, auch wenn es von der Gegenseite noch so schonungslos verletz wird, sobald deutsche Verhältnisse in Frage kommen. Aber eine Vermutung brauchen wir uns nicht zu verlagern: mit Dank darüber zu quittieren, wenn einmal jemand in England oder Frankreich in einem lichten Augenblick die Wahrheit sagt.

Wenn man unsere Feinde hört, dann sind die Schrecken des Weltkrieges von der deutschen oder der preussischen Militärdiktatur wissenschaftlich herbeigeführt worden, um den europäischen Völkern den Fuß auf den Nacken setzen zu können, und das deutsche Volk ist völlig ahnungslos in den Strudel dieser ungeheuren Katastrophe hineingestochen worden. Deshalb verlangt ja auch Herr Wilson nach einer andern Regierungsform in Deutschland, weil sonst keine Bürgerschaft gegen die Wiederholung eines so niederschmetternden Schauspiels denkbar erscheine. Und nun kommt plötzlich der Londoner „Daily Chronicle“, ein durchaus kriegsgeheimnisstüchtiges Blatt, und fordert die zukünftige Regierung Großbritanniens dringend auf, mit der unbedenklichen Gespögenheit der Geheimhaltung zu brechen und das Volk mehr ins Vertrauen zu ziehen, wenn es sich um die Richtung der auswärtigen Politik und die Frage auswärtiger Verpflichtungen handle. Es denke dabei, schreibt das Blatt, an die englisch-französische Entente, die englisch-russische Konvention, den englisch-japanischen Bündnisvertrag — alle wurden sie von der britischen Regierung abgeschlossen, ohne daß das Volk die leiseste Ahnung von den Verhandlungen hatte. Und anders war es auch nicht bei der Vereinbarung der Generalkonvention Frankreichs und Englands für den Fall eines gemeinsamen Feldzuges gegen Deutschland: erst am Vorabend der Feindseligkeiten wurde das Unterhaus ins Vertrauen gezogen, und hatte es auch angeblich freie Hand zu beschließen, was es für richtig hielt, so war doch die britische Ehre schon engagiert, und das nationale Gewissen hatte sofort das instinktive Gefühl für diese moralisch-politische

Gebundenheit. Einige liberale Minister nahmen ihren Abschied, das war alles. Im übrigen triumphierte die Geheimdiplomatie über die wirklich freie Mitwirkung des Volkes bei der Entscheidung über Krieg und Frieden, und das Unheil nahm seinen Lauf. In Zukunft, sagt das „Daily Chronicle“, dürfe sich derartiges niemals wiederholen.

Sehr schön. Aber wenn nach drei Jahren ein einzelnes Blatt sich endlich dazu aufschwingt, der Wahrheit die Ehre zu geben, so ist damit für eine Umkehr auf der Bahn der Autokratie noch gar nichts getan. Sollte es nicht vielmehr die erste Aufgabe des englischen Volkes sein, im eigenen Hause nach dem Rechten zu sehen und erst einmal dafür zu sorgen, daß das britische Parlament gegen die Wucherschaften der Geheimdiplomatie geschützt wird, ehe man den deutschen Reichstag mit weiten Reitschlägen belästigt, was er zu tun oder zu lassen habe. Mit Wohlthaten soll man sich zunächst in seiner eigenen Umgebung beliebt machen, sagen die Engländer. Gilt das gleiche nicht auch für politische Reformen, von deren Einführung nach der Befreiung unserer Feinde Glück und Unglück der Welt abhängen? Das Moralpredigen können die Engländer nun einmal nicht lassen, wir wissen es. Aber erst wenn sie vor ihrer eigenen Tür allen historischen Unrat weggeräumt haben werden, können sie erwarten, mit ihren ach so selbstlosen Ermahnungen bei uns Gehör zu finden.

Ehren-Tafel

der in den Kämpfen um Deutschlands Ruhm und Fortbestehen gefallenen Helden aus Naunhof u. Umgegend:

Anton Weigel aus Naunhof

(Sohn des verstorb. Herrn Kommerzienrat Weigel)

Unteroffizier d. Res. u. Offiziers-Aspirant, Inh. des Eisernen Kreuzes II. Klasse.

Wer für Deutschland lebt,
Setz zum Tod bereit,
Wer für Deutschland stirbt,
Hat Unsterblichkeit.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ In ihrer Hauptversammlung zu Berlin erklärten sich die deutschen Sparfassenbeamten für die Kriegsanleihe. Sie erachten es als Herzens- und Gewissenspflicht, mit voller Kraft und Begeisterung bis zum letzten Tage für die neue Kriegsanleihe, für eine vorzügliche und vaterländische Gelbansleihe zu wirken. Reiche Mittel barren des Aufrufes des Vaterlandes. Das deutsche Volk wird sich, so heißt es in einer einstimmig gefaßten Entschlußnahme, durch einen Wettstreit in sehr freiwilliger, einseitigster Verleibung seines Geldes ein flammendes bis ins Feindesland sichtbares Denkmal seines unerschütterlichen Siegeswillens aufrichten. Je stärker es sich zeigt, desto günstiger der erlebte Frieden.

+ Mit dem Deveschenwechsel zwischen dem Deutschen Kaiser und dem ehemaligen Jaren beschäftigt sich die Nordd. Allg. Ztg. in einem längeren Artikel. Das Blatt führt aus, daß der Lügenfeldzug unserer Feinde anfangs von Erfolg begleitet zu sein schien, daß aber nach und nach die Wahrheit an das Licht drang, bis jetzt durch die Ergebnisse des Suchomlinow-Prozesses die Verhältnisse unantastbar festgelegt worden sind. Um aber die Buch der Tatsachen, die unumstößlich Rußlands Ziele am Arzte beweisen, abzuwischen, wird jener Deveschenwechsel zwischen Kaiser und Zar aus den Jahren 1904/1905 ausgegraben. Dieser Deveschenwechsel, der der Dege dienen soll, hat, so schreibt das baltische Blatt, das Licht nicht zu scheuen, denn er enthält nur neue Beweise dafür, daß der Deutsche Kaiser für seinem Volke schon seit langen Jahren drohende Gefahr eines feindlichen Angriffes frühzeitig vorausgesehen, und daß er im engen Einvernehmen mit den verantwortlichen Männern der Regierung alles aufgedoten hat, um sie zu beschwören.

+ Eine neue „Deutsche Vaterlandspartei“ ist in Königsberg gegründet worden. In dem Werbeauftrag der neuen Partei heißt es u. a.: „Weite Kreise des deutschen Volkes stimmen mit der Stellungnahme der gegenwärtigen Reichstagsmehrheit zu den wichtigsten Lebensfragen des Vaterlandes nicht überein. Sie erblicken in dem Versuch, gerade jetzt, wo des Reiches Schicksal auf dem Spiele steht, Kämpfe um Verfassungsfragen hervorgerufen und in den Vordergrund zu stellen, eine Gefährdung des Vaterlandes und eine wenn auch nicht gewollte Förderung unserer Feinde. Sie sind der Ansicht, daß der vor dem Arzte gewählte Reichstag tatsächlich nicht mehr die Vertretung des deutschen Volkswillens darstellt.“ Die Neugründung bezweckt alle Kräfte des Volkes zu sammeln für einen deutschen Frieden.

+ Montag nachmittag ist der Sonderausschuß beim Reichskanzler zusammengesetzt, um über die Antwort auf die Papstnote zu beraten. Gutem Vernehmen nach

werden weitere Sitzungen des Ausschusses in der gleichen Angelegenheit nicht stattfinden, da es gelungen ist, eine grundsätzliche Einigung über Form und Inhalt der Antwortnote herbeizuführen.

Dem Vernehmen nach wird die Note nicht auf Einzelheiten eingehen, sondern nur die grundsätzliche Stellung der Deutschen Regierung zur Papstnote darlegen. Wann die Antwortnote veröffentlicht wird, steht noch nicht fest. — Der Bayerische Kurier teilt mit, daß in der deutschen Antwort an den Papst auch eine wichtige Erklärung über Deutschlands Stellungnahme zu Belgien enthalten sein werde.

+ Hinsichtlich der Anmeldung ausländischer Zahlungsmittel und Forderungen wird zur Beachtung durch die Beteiligten auf folgendes hingewiesen: Die Anmeldung ausländischer Zahlungsmittel und Forderungen hat nach dem Stande vom 1. September 1917 zu erfolgen. Die Anmeldung muß bewirkt sein bis zum 11. September 1917, und zwar in Berlin bei der Statistischen Abteilung der Reichsbank, Alte Leipziger Straße 2, 3 Treppen, außerhalb Berlins bei den Reichsbankfilialen. In diesen Stellen werden auch die für die Anmeldung vorgeschriebenen Formulare ausgegeben.

Österreich-Ungarn.

* Eine Neuregelung der römisch-katholischen Kirchengüter in Ungarn kündigt das Organ des ungarischen Kultusministeriums Apponyi an. Danach ist Säkularisation nicht geplant. Dagegen sollen sämtliche bischöflichen Güter vereinigt werden. Der Ertrag der Güter würde in erster Reihe zur Gehaltsregelung des niederen Klerus und für Schulzwecke verwendet werden.

Griechenland.

* Der Mangel an Nahrungsmitteln, insbesondere an Brotgetreide wird von Tag zu Tag fühlbarer. Obwohl nun Griechenland zum Kreise der Verbündeten gehört, verweigert England nach wie vor die Rückgabe der Dampfschiffe. Die griechische öffentliche Meinung verlangt, daß Griechenland mindestens der Frachtraum zur eigenen Verforgung zur Verfügung gestellt werden müsse. Äthener Blätter erklären, Venizelos gewähreliste den Alliierten eine Armee von 300000 Mann. Die Ration sei bereit vorzugehen, brauche aber Brot nötiger als Waffen. Man müsse das Volk in erster Linie vor einer Hungersnot bewahren, um es streitkräftig zu machen.

Amerika.

* Die von Amerika unternommene Anebelung der Weltseefahrt hat in den skandinavischen Ländern zu unballdaren Zuständen geführt. In Dänemark fehlt es vor allem an überseeischen Butterkoffen. Man hat sich deshalb entschlossen, zwei Drittel des Schweinebestandes abzuschlachten. In Norwegen hat das amerikanische Vorgehen zu einer Transportkrise geführt, die die Regierung zur Festsetzung von Höchstpreisen veranlaßt hat. Die Vereinigten Staaten sind indessen immer noch nicht zufrieden. Die Regierung hat erneut 100 000 Tonnen beschlagnahmt, die nun für die Vereinigten Staaten Dienst tun müssen. So lernen denn die Neutralen immer mehr die Segnungen der „großen Demokratie“ jenseits des Ozeans kennen.

* Die amerikanisch-japanischen Verhandlungen haben in Washington begonnen. Die erste Besprechung zwischen Lansing und dem japanischen Sondergeandten Ishii galt insbesondere der Lieferung von Stahl an Japan für die Ausföhrung des Schiffsprogramms Japans und anderer Fragen wirtschaftlicher, besonders industrieller Natur. Die Vereinigten Staaten geben der Hoffnung Ausdruck, daß das gemeinsame Kriegsprogramm beider Länder politische und diplomatische Fragen zunächst in den Hintergrund dränge und daß die Verhandlungen ausdrücklich der Forderung des gemeinsamen Vorgehens gewidmet sein werden.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 10. Sept. Ein Reichsmonopol für Kraftfuttermittel soll in der kommenden Tagung des Reichstags zur Erörierung gelangen.

Berlin, 10. Sept. Generalleutnant von Wenzinger, bairischer Militärbevollmächtigter in Berlin, ist am 8. September beim Begehen unserer Stellungen durch Schenckelschuß mit Schlagaderverletzung schwer verwundet worden und bald darauf verstorben.

Münster i. W., 10. Sept. Die evangelisch-theologische Fakultät hat den Reichskanzler Dr. Michaelis zum Ehrendoktor der Theologie ernannt.

Wien, 10. Sept. Wie verlautet, wird eine der ersten Maßnahmen der polnischen Selbstverwaltung die Aufhebung der Zollgrenze zwischen dem deutschen und österreichischen Okkupationsgebiet sein.

Amsterdam, 10. Sept. Als Kandidaten für das Amt des französischen Ministerpräsidenten werden in erster Linie Briand und Poincaré genannt. Poincarés Stellung erscheint immer mehr erschüttert.

Rotterdam, 10. Sept. In einem Artikel der Londoner „Daily News“ wird ausgeführt, daß der Hauptgrund des Widerstandes der englischen Regierung gegen die Stockholmer Konferenz der Wunsch eines Wirtschaftskrieges nach dem Friedensschluß ist.